

Liebe Freund\*innen und Unterstützer\*innen,

zusammen mit 80 weiteren Organisationen haben wir das folgende Statement verfasst, als Reaktion auf die erschreckenden Schritte, die das EU-Grenzregime in unserem Namen anlässlich der aktuellen Fluchtbewegungen nach Europa und Ankünfte in Italien verfolgt:

### **Ankünfte in Lampedusa - Solidarität und Widerstand angesichts der europäischen Aufnahmekrise!**

Nach der Ankunft einer Rekordzahl von Menschen auf der Flucht auf der Insel Lampedusa müssen wir als Zivilgesellschaft unsere tiefe Besorgnis über die Sicherheitsmaßnahmen der europäischen Staaten und die Aufnahmekrise zum Ausdruck bringen und unsere Solidarität mit den Menschen auf der Flucht bekräftigen, die in Europa ankommen.

Mehr als 5.000 Menschen und 112 Boote: Das ist die Zahl der Ankünfte auf der italienischen Insel Lampedusa am Dienstag, den 12. September. Die Boote, von denen die meisten autonom ankamen, kamen von Tunesien oder Libyen.

Insgesamt haben seit Jahresbeginn mehr als 118.500 Menschen die italienische Küste erreicht, fast doppelt so viele wie die 64.529, die im gleichen Zeitraum des Jahres 2022 gezählt wurden (1).

Die Menge der Zahlen lässt uns nicht vergessen, dass hinter jeder Zahl ein Mensch steht, eine individuelle Geschichte, und dass immer noch Menschen bei dem Versuch, Europa zu erreichen, ihr Leben verlieren.

Lampedusa ist zwar seit langem ein Ziel für Boote mit Menschen, die in Europa Zuflucht suchen, doch die Aufnahmeeinrichtungen der Insel sind unzureichend. Am Dienstag kam bei der chaotischen Rettung eines Bootes ein fünf Monate altes Baby ums Leben, das ins Wasser fiel und sofort ertrank, während weiterhin Dutzende von Booten im Handelshafen anlegten. Mehrere Stunden lang saßen hunderte von Menschen ohne Wasser und Nahrung auf der Pier fest, bevor sie in den Hotspot von Lampedusa gebracht wurden.

Der Hotspot ist ein Aufnahmelager, in dem die Neuankömmlinge von der einheimischen Bevölkerung ferngehalten werden. Sie werden dort vorab identifiziert und ausgewählt, bevor sie auf das Festland verlegt werden. Das Lager verfügt mit seinen nur 389 Plätzen über keinerlei Kapazitäten, um die täglich auf der Insel ankommenden Menschen würdevoll aufzunehmen.

Seit Dienstag sind die Mitarbeiter\*innen des Lagers mit der Anwesenheit von 6.000 Menschen völlig überfordert. Das Rote Kreuz und Mitarbeiter\*innen weiterer Organisationen wurden aus "Sicherheitsgründen" daran gehindert, die Einrichtung zu betreten.

Am Donnerstagmorgen begannen viele Menschen aufgrund der unmenschlichen Situation aus dem Hotspot zu fliehen, indem sie über die Zäune sprangen. Angesichts des Versagens der italienischen Behörden, den Menschen einen würdigen Empfang zu bereiten, hat die lokale Solidarität die Oberhand gewonnen. Viele Einheimische engagieren sich, um Lebensmittel für die Menschen, die in der Stadt Zuflucht gefunden haben, zu organisieren und zu verteilen (2).

Darüber hinaus prangern verschiedene Organisationen die politische Krise in Tunesien sowie die humanitäre Notlage in der Stadt Sfax an, von der aus die meisten Boote nach Italien fahren. Derzeit schlafen etwa 500 Menschen auf dem Beb Jebli-Platz, die kaum Zugang zu Nahrungsmitteln oder medizinischer Versorgung haben (3). Die meisten von ihnen waren gezwungen, aus dem Sudan, Äthiopien, Somalia, Tschad, Eritrea oder Niger zu fliehen.

Seit den rassistischen Äußerungen des tunesischen Präsidenten Kais Saied sind viele von ihnen aus ihren Häusern und von ihren Arbeitsplätzen vertrieben worden (4). Andere wurden in die Wüste deportiert, wo einige sogar verdursteten.

Während diese Massendeportationen andauern und sich die Lage in Sfax weiter verschlechtert, hat die EU vor drei Monaten ein neues Migrationsabkommen mit der tunesischen Regierung geschlossen, um "wirksamer in den Bereichen Migration, Grenzschutz und "Kampf gegen die

Schmuggler" zusammenzuarbeiten, wofür über 100 Millionen Euro bereitgestellt wurden. Die EU stimmte diesem neuen Abkommen in voller Kenntnis der Gräueltaten zu, die die tunesische Regierung verübt hat, einschließlich der Angriffe der tunesischen Küstenwache auf Boote mit Fliehenden (5).

Unterdessen beobachten wir mit Besorgnis, wie die verschiedenen europäischen Regierungen ihre Grenzen verschließen und die Asylgesetze und die grundlegendsten Menschenrechte nicht einhalten. Während der französische Innenminister angekündigt hat, die Kontrollen an der italienischen Grenze zu verstärken, erklärten mehrere andere EU-Mitgliedstaaten, dass sie ihre Grenzen ebenfalls schließen würden.

Im August beschlossen die deutschen Behörden, die Auswahlverfahren für Asylbewerber\*innen, die im Rahmen des "freiwilligen Solidaritätsmechanismus"(6) aus Italien nach Deutschland kommen, einzustellen.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission Von der Leyen, die am Sonntag von Meloni nach Lampedusa eingeladen wurde, kündigte einen 10-Punkte-Aktionsplan an, der diese sicherheitspolitische Reaktion bestätigt (7). Die Verstärkung der Kontrollen auf See zu Lasten der Rettungspflicht, die Beschleunigung der Abschiebungen und die Intensivierung der Auslagerung der Grenzen... alles alte Rezepte, die die Europäische Union seit Jahrzehnten anwendet und die sich als gescheitert erwiesen haben und die Krise der Solidarität und die Situation der Menschen auf der Flucht nur noch verschärft haben.

Die unterzeichnenden Organisationen fordern ein offenes und gastfreundliches Europa und fordern die EU-Mitgliedstaaten auf, sichere und legale Wege und menschenwürdige Aufnahmebedingungen zu schaffen.

**Wir fordern, dass in Lampedusa sofort angemessen gehandelt wird und dass die internationalen Gesetze, die das Recht auf Asyl schützen, eingehalten werden. Wir sind erschüttert über das ständige Sterben auf See, das durch die EU-Grenzpolitik verursacht wird, und bekräftigen unsere Solidarität mit den Menschen auf der Flucht.**

<https://www.grundrechtekomitee.de/details/ankuenfte-in-lampedusa-solidaritaet-und-widerstand-angesichts-der-europaeischen-aufnahmekrise>

Solidarische Grüße aus Köln,  
Britta Rabe und Michèle Winkler

--

Komitee für Grundrechte und Demokratie  
Aquinostr. 7-11  
50670 Köln  
Telefon 0221 / 972 69 -20 und -30  
[www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)  
Twitter: Grundrechtel

Spendenkonto:  
Grundrechtekomitee e.V.  
IBAN: DE76508635130008024618  
Spenden sind steuerlich absetzbar!